

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXIII/156

Bonn, den 20. August 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Fortschritt und Stabilität</u>	79

Zu den Beratungen des Finanzkabinetts der Bundesregierung
Von Günter Markscheffel

3	<u>Deutsch-jugoslawische Jugendbegegnungen</u>	38
	Günstige Voraussetzungen zur Ausweitung Von Ernst Dieter Schmickler	

GLOSSAR

4	<u>Die Mär von der Mehrwertsteuer</u>	39
---	---------------------------------------	----

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Eine Politik ohne Hintergedanken
Auskunft über die Mauer
Sozialen Verpflichtungen gerecht werden
5.000 neue Abonnenten für Prager Volkszeitung
Das Bild der Deutschen entzerrt
Autobahn Krakau - Breslau

* * *

Fortschritt und Stabilität

Zu den Beratungen des Finanzkabinetts der Bundesregierung

Von Günter Markscheffel

Das Finanzkabinetts der Bundesregierung berät seit Montag dieser Woche unter Vorsitz von Bundeskanzler Kiesinger über den Bundeshaushalt für 1969. Die Grundzüge des Beratungszieles sind bekannt. Man wird keine Wahlgeschenke machen, wie dies kurz vor der Bundestagswahl 1965 unter dem damaligen Bundeskanzler Prof. Erhard geschehen war. Das Resultat der Beratungen dürfte in den nächsten Tagen bekannt werden. Dann ist es Aufgabe des Parlaments, die Vorschläge der Regierung zu beraten und den Haushalt so bald wie möglich unter Dach und Fach zu bringen.

Selbstverständlich ist es zunächst Aufgabe des Bundesfinanzministers - natürlich in Zusammenarbeit mit den übrigen Ressorts - die Prinzipien und auch die Höhe des Gesamthaushaltes festzulegen. Aber auch der Wirtschaftsminister hat ein gewichtiges Wort hierbei zu sprechen. Zum ersten Mal hat die Bundesrepublik Deutschland eine Regierung, in der Wirtschaft und Staatsfinanzen mit allen ihren Aktivitäten nicht nur kurzfristig, sondern auch mittelfristig aufeinander abgestimmt werden.

Als der Sozialdemokrat Prof. Schiller diese Forderung noch als Sprecher der Opposition erhob, erklang von der Regierungsbank der Einwand, so etwas verstoße gegen die Prinzipien der freien Marktwirtschaft. Heute finden wir in der gesamten Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung die Handschrift der Sozialdemokratie und wir erleben die Verwirklichung der von der SPD bereits in der Opposition gestellten, aber damals immer wieder abgelehnten Forderungen.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik ist dabei nicht schlecht gefahren. Schillers vor einem Jahr gelegentlich noch belächelte "konzertierte Aktion" ist zur Realität geworden. Die Preise sind trotz Mehrwertsteuer stabil geblieben, die Arbeitsplätze sind gesichert und die Industrie kann sich über den Eingang von Aufträgen nicht beklagen. Wo die private Wirtschaft Schwankungen unterworfen war oder Schwierigkeiten hatte griff die öffentliche Hand mit Aufträgen ein. Mit anderen Worten: Die deutsche Wirtschaft funktioniert wieder.

Seit einiger Zeit geben sich im Bundeswirtschaftsministerium Besucher aus aller Herren Länder die Klinke in die Hand. Sie wollen wissen, wie "der sozialdemokratische Professor das gemacht hat". Den Besuchern - auch jenen aus kommunistisch regierten Staaten - erscheint es kaum faßbar, daß in einem "kapitalistischen Staat" der Wirtschaftsminister in der Lage war, gesamtwirtschaftliche Ziele für einen bestimmten Zeitraum zu setzen und an die Zukunft nicht nur mit vagen Hoffnungen oder Ängsten, sondern mit Lineal und Zahl heranzugehen. Jedermann weiß, wie es im Spätsommer 1966 aussah, wie beängstigend die Zahl der Arbeitslosen anstieg und welche düstere Prognosen hier und dort angestellt wurden. Dabei ging es nicht, wie in den ersten Jahren nach der Währungsreform, um die Erfüllung eines gewaltigen Nachholbedarfs, sondern um die Regulierung des Marktes in einer Wirtschaft, die bereits höchste Produktionskapazitäten aufzuweisen hatte.

Für die Durchsetzung seiner Politik standen dem Bundeswirtschaftsminister keine anderen Waffen zur Verfügung, als die Schaffung und Handhabung von bisher in der deutschen Politik unbekanntem Instrumenten und die Überzeugungskraft des Arguments.

Natürlich gibt es auch jetzt bei den Beratungen des Finanzkabinetts der Bundesregierung unterschiedliche Auffassungen darüber, wie dieser oder jener Schwerpunkt bei der Einordnung von Einnahmen und Ausgaben des Staates festgelegt werden soll. Das ist selbstverständlich, denn jedes Ressort kämpft zunächst einmal um die Anerkennung und Durchsetzung seiner Wünsche. Da aber Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzminister das gemeinsame Ziel der weiteren wirtschaftlichen Expansion und der Sicherung der Währung anstreben, werden sich Sonderwünsche in das Ganze einfügen lassen. Die Regierung der Großen Koalition hat eine klare Vorstellung von der wirtschafts- und finanzpolitischen Zukunft der Bundesrepublik.

Sie heißt: Fortschritt und Stabilität. - In die politische Praxis der Gegenwart bedeutet dies auch die Schaffung eines Fundaments für die Verhandlungen zwischen Bonn und Ostberlin, die das Nebeneinander der beiden Teile Deutschlands in ein sinnvolles Miteinander verwandeln sollen.

Deutsch-jugoslawische Jugendbegegnungen

Günstige Voraussetzungen zur Ausweitung

Von Ernst Dieter Schickler

Obwohl der Jugendtourismus nach Jugoslawien in den letzten Jahren eine stets aufsteigende Tendenz verzeichnen kann, hielten sich die Jugendbegegnungsmaßnahmen mit einer klaren und festen Programmgestaltung und Zielsetzung zwischen deutschen und jugoslawischen Gruppen und Organisationen bisher in einem bescheidenen Rahmen. Aber gerade in Jugoslawien bieten sich gute Möglichkeiten für eine Intensivierung des Jugendaustausches mit der Bundesrepublik an. Der gegenseitige Austausch von Gruppen und Delegationen dürfte sich mit dem Bund der jugoslawischen Jugend leichter und in anderen Größenordnungen gestalten lassen, als das zum Beispiel bei den im politischen und ideologischen Bereich meist konzessionslosen Komscholzen der UdSSR der Fall ist.

Die Teilnahme einer Delegation des deutschen Bundesjugendrings an den IX. Weltjugendfestspielen in Sofia dürfte den deutschen Jugendorganisationen wertvolle Erkenntnisse und Erfahrungen im Verkehr mit der Jugend der Länder Ost- und Südosteuropas bringen. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien wird in nicht geringem Maße zu einer Aktivierung der Jugendbegegnungsmaßnahmen beider Länder beitragen.

Die Notwendigkeit einer Ausweitung der Jugendarbeit der deutschen Verbände in Richtung Jugoslawien beweisen auch die Zahlen der Jugendlichen, die aus Mitteln des Bundesjugendplanes bei deutsch-jugoslawischen Begegnungen gefördert wurden. Während im Jahre 1966 438 junge Deutsche mit ihren jugoslawischen Partnern in Jugoslawien zusammentrafen, kamen im gleichen Zeitraum 229 jugoslawische Jugendliche in die Bundesrepublik. Auf 510 Deutsche in Jugoslawien und 250 Jugoslawen in der Bundesrepublik stiegen die Zahlen im Jahre 1967. Für das Jahr 1968 rechnet man im Bundesministerium für Familie und Jugend mit einem leichten Anstieg. Hinzu kommen die deutschen Jugendgruppen, die durch Mittel aus den Jugendplänen der Länder und mit Unterstützung der Gemeinden oder aus finanzieller Eigeninitiative deutsch-jugoslawische Jugendtreffen durchführten. Ebenso wie im Bundesministerium für Familie und Jugend ist man auch in Kreisen des Bundesjugendrings in Sachen "deutsch-jugoslawischer" Jugendbegegnung optimistisch. Auf der Grundlage von Informationsbegegnungen der Führungskräfte der deutschen Jugendverbände mit dem jugoslawischen BdJ läßt sich für die Zukunft sicherlich ein systematischer Ausbau der Jugendbeziehungen beider Länder erreichen.

+ + +

GLOSSE

Die Mär von der Mehrwertsteuer

kr - Warum jenes makabre Knackwürstchen nebst extra kleinkariert gebackenem Brötchen DM 1,80 koste? - wollte ein Urlauber am Kiosk vor einer repräsentativen Autobahnraststätte zwischen Frankfurt und München wissen. Worauf hin der Kiosk-Verkäufer nicht nur seine lauwarne "Extrawurst" pries, sondern auch noch gegen die Mehrwertsteuer wettete: Weil man in Bonn am Rhein derlei hohe Steuern fordere, sei die Wurst so teuer, meinte er ... doch selbst per Reisebus stationierende Holländer schüttelten darüber die Köpfe und verzichteten in Mehrzahl, das Würstchen zu knacken.

Vom sonst recht sauber einladenden Bräuhaus einer schönen schwäbischen Stadt stach aus dem Schaukästchen vor dem Eingang jener burdeseinheitliche Gastronomen-Slogan vom "Einheitspreis" ins Auge. Der Preis für das "mittelbürgerliche" Menu setzte bei nicht weniger als DM 6,50 ein, was andererseits nicht besagte, daß sich in dem so propagierten Einheitspreis auch noch die Prozente niederschlagen würden.

Nichts davon!

In solchen und ähnlichen "Einheitspreisen" soll sich der eigentliche Gastronomen-Preis und die Mehrwertsteuer widerspiegeln, gleichwohl kein hungriger Gast darüber zu deuten weiß, wieviel der "echte" Preis und der Mehrwertsteuer-Aufschlag ausmacht.

Das gilt in gleichem Maße für das magere Würstchen an der Bundesautobahn, das normalerweise mit einer Mark noch gut honoriert werden wäre. Ganz zu schweigen vom "Selbstkostenpreis", der zu verzeichnen gewesen wäre, wenn man die Wurst im Fleischerladen gekauft und im normalen Wasser erhitzt hätte.

So aber tischt man bundesdeutschen Gästen und reiselustigen Ausländern allerorten an Bundes- und Fernstraßen, in Gasthäusern und Hotels jene Mär von der Mehrwertsteuer auf, "versalzt" lakullische Gemüse und untergräbt die Moral: Bei jedem Biß soundsovielle Detailprozente Mehrwertsteuer, damit es übel aufstößt und ... der Gast am nächsten Haltepunkt freundlichst darauf verzichtet, solcher Einheitspreis zu akzeptieren.

Natürlich bestätigen im Gastronomen-Gewerbe Ausnahmen die Regel, aber - als Fremder - solche "Ausnahmen" zu finden, ist gar nicht leicht. Viel eher wäre es an der Zeit, den Kalkulatoren horrender Einheitspreise auf die Finger zu schauen und ihnen unter Umständen gehörig das "Handwerk zu legen". Zum Wohle der Verbraucher und des eigenen Berufsstandes, der durch derlei Manipulationen in Verruf gerät.